

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 848 pbbn d

Inhalt

Gerhard Jahn MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, fordert, mehr Frauen in die Parlamente zu entsenden: Eine Aufgabe nicht nur für Frauenrechtlerinnen.

Seite 1-3

Wilhelm Nöbel MdB berichtet, wie im größten CDU-Kreisverband der Unmüt wächst: CDU auf dem Prüfstand?

Seite 4/5

Inge Wettig-Danielmeier Mdi kritisiert, daß in Niedersachsen die Meinungsfreiheit der Lehrer auf dem Amtsweg beschnitten wird: Autoritäre Disziplinierungspraxis.

Seite 6

Buchbesprechung
Jürgen Böddrich Mdl zur PDI-Broschüre "Die Union und der Neonazismus".

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 218 / 12. November 1980

Mehr Frauen in die Parlamente

Eine Aufgabe nicht nur für Frauenrechtlerinnen

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Auch dem 9. Deutschen Bundestag gehören nur 8,5 Prozent Frauen an, wenngleich sie mehr als die Hälfte der Wähler stellen. Wer es mit der parlamentarischen Demokratie ernst meint, der kann sich mit diesem Zustand nicht abfinden. Die Bevölkerung muß sich in einem Parlament wiedererkennen können, um es als Vertretung des ganzen Volkes zu empfinden. So betrachtet ist das Thema "stärkere Beteiligung der Frauen am politischen Entscheidungsprozeß" kein Spielfeld nur für hauptberufliche Frauenrechtlerinnen. Alle Sozialdemokraten haben dieser Frage größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Es ist wohl doch in den letzten Jahren jedermann deutlich geworden, daß die mangelnde Vertretung der Frauen in unseren Parlamenten keine Frage ist, die sich im Zuge der in den letzten Jahren gewachsenen gesellschaftlichen Emanzipation der Frauen von selbst löst. Betrachtet man den Frauenanteil im Deutschen Bundestag früherer Wahlperioden, sogar den des Deutschen Reichstages, so stellt man dort gelegentlich einen höheren Anteil der Frauen fest als heute. Schon im Reichstag 1920 erreichten die Frauen mit acht Prozent fast ihren heutigen Anteil; im 2. Deutschen Bundestag hatten sie mit 52 weiblichen Abgeordneten von 509 mit 10,7 Prozent einen höheren Anteil als heute.

Man hat wohl zu lange darauf gehofft, daß dieses Problem ohne größere Kraftakte zu lösen ist. Ich schließe in diese Feststellung die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ausdrücklich ein, wenngleich sie mehr zur Durchsetzung der Gleichstellung der Frauen beigetragen hat als jede andere politische Kraft.

Doch kann man nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß der weibliche Mitgliederanteil in der SPD bisher bei gut 20 Prozent stehen geblieben ist. Dieser Anteil liegt zwar sichtbar höher als der in den Parlamenten, aber: 1914 beispielsweise, sechs Jahre nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes, das bis 1908 den Frauen eine Parteizugehörigkeit untersagte, lag der SPD-Mitgliederanteil der Frauen bereits bei 16,1 Prozent.

Diese besorgniserregenden Tatsachen haben vor einem Jahr den SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt mit Recht veranlaßt, sich massiv für einen starken Anteil von Frauen im Europäischen Parlament einzusetzen. Die Operation gelang, mit Schwierigkeiten zwar, aber immerhin: Noch nie gehörten einer sozialdemokratischen Fraktion so viele Frauen an wie der des Europäischen Parlaments. Willy Brandt ist es gelungen, die "Gunst der Stunde" zu nutzen. Bei der ersten Direktwahl des Parlaments konnte für die stärkere Beteiligung der Frauen gefochten werden, ohne daß der Wettbewerb um die Kandidaturen mit der Auseinandersetzung um "Besitzstände" zusätzlich belastet wurde.

Mit der stärkeren Beteiligung der Frauen in der sozialdemokratischen Gruppe der Europäischen Fraktion wurde ein Zeichen gesetzt. Es sollte jetzt aufgenommen werden. Wer stärkere Frauenvertretung auch im 10. Deutschen Bundestag wünscht, muß jetzt für eine starke Beteiligung von Frauen bei den Kandidaturen für Kommunal- und Landesparlamente eintreten. Hier liegt der nächste Ansatz, der genutzt werden kann und muß.

Der Bundesvorstand der "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" hat vor Jahresfrist eine bemerkenswerte Übersicht über den Anteil der Frauen in den Landesparlamenten vorgelegt. Es zeigt sich, daß der gegenwärtige Stand durchweg unbefriedigend ist, allerdings in Stadtstaaten weniger als Flächenstaaten.

Während in Bremen die Frauen immerhin einen Anteil von 16,5 Prozent der Abgeordneten stellen, sind dies in Nordrhein-Westfalen ganze fünf Prozent, im Bundesdurchschnitt aller Länderparlamente stellen die Frauen 8,4 Prozent der Abgeordneten. Ein ähnliches Bild, dies ist besonders betrüblich, ergibt sich für die ehrenamtliche kommunalpolitische Tätigkeit. In den Gemeindeparlamenten der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland mit 20.000 - 100.000 Einwohnern beträgt der Anteil der Frauen elf Prozent; in den Städten über 100.000 Einwohner 15 Prozent.

Die Erfahrung in der täglichen Arbeit der Partei zeigt, daß die Überwindung des derzeitigen Zustandes auch bei gutem Willen schwierig ist. Dies ist umso bedauerlicher, als die Kommunalpolitik nun einmal der beste "erste Schritt" in die politisch-parlamentarische Arbeit ist. Es ist den Frauen nicht zu ersparen, wie Männer dort ihre Grunderfahrungen zu sammeln. Es geht dabei nur vordergründig um eine nach Zahlen angemessene Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik. Für die Qualität kommunalpolitischer Entscheidungen ist eine verstärkte Beteiligung von Frauen unentbehrlich. Die Einsicht ist geboten, daß wichtige Entscheidungen ohne Mitwirkung von Frauen nicht mehr als hinreichend "sachverständig" angesehen werden kann.

Es mangelt also nicht an guten Argumenten für mehr Frauen in den Parlamenten, wohl aber an der Durchsetzungskraft. Das gilt vor allem für den ländlichen Bereich. Hier glaubt die Partei auf den "Vertreter der Region" - und das ist zumeist eben ein männlicher Abgeordneter - nicht verzichten zu können. Bewußt sage ich "die Partei" und nicht "die Männer", denn sie werden nicht selten in diesen Auffassungen auch durch Frauen bestärkt. Mehr Frauen im Kommunalparlament bedeute eben, sagt die Partei, auf bestimmte gute männliche Kandidaten verzichten zu müssen. Und dann verstehen es die



Ortsvereinsvorsitzenden und andere Vorkämpfer des "Regionalproporz" sehr wortreich, Unterbezirksvorständen oder "Findungskommissionen" bei Aufstellung der Liste, das Ausmaß des Unheils zu schildern, das der Partei im Falle der Nichtaufstellung des alteingesessenen Kandidaten angeblich drohe. Im Ergebnis bleibt alles beim alten.

Es gibt neben der SPD keine andere Partei, die sich weniger mit dieser Tatsache abfinden darf. Denn sie ist die Partei, in die viele - gerade jüngere - Frauen Hoffnungen setzen. Die SPD darf das wachsende Selbstbewußtsein dieser Frauengeneration nicht "übersehen". Auch wenn es schwierig und mühsam ist.

Frauen sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen immer noch benachteiligt. Das gilt für Bildung und Ausbildung, Entlohnung, berufliche Entfaltungsmöglichkeiten, soziale Sicherung, Mehrfachbelastung in der Familie. Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren viel für die Chancengleichheit der Frauen getan. Diese Arbeit muß weitergeführt werden. Mit den Frauen wird das besser und wirksamer möglich werden als ohne sie. Der Orientierungsrahmen '85 der SPD beschäftigt sich ausführlich mit den Aufgaben der SPD zur Gleichstellung der Frauen und kommt zu dem Ergebnis:

"Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht." (-/12.11.1980/bgy/ca)

+ + +



CDU auf dem Prüfstand?

Im größten CDU-Kreisverband wächst der Unmut

Von Wilhelm Nöbel MdB

Im größten Kreisverband der CDU rumort es wieder. Die Junge Union im Rhein-Sieg-Kreis, die sich vor einem Jahr scharf gegen die Kanzlerkandidatur von Strauß artikuliert hatte, fordert jetzt: "Die gesamte Partei (gemeint ist die CDU) gehört auf den Prüfstand; denn Form, Ergebnis und Durchsetzung der Personalentscheidung zur Kanzlerkandidatur müssen letztlich als Symptom für den Zustand der Union angesehen werden." Das steht in einem am Wochenende einstimmig vom JU-Kreisvorstand verabschiedeten "Positionspapier".

Die Schlußfolgerung läge nahe, da wollten sich einige junge Leute mal wieder interessant machen, wohlwissend, daß sie wie eh und je doch nichts verändern. Es ist nämlich immer noch der gleiche CDU-Nachwuchs, der etwa Ende 1975 mit ansehen mußte, wie dem damaligen gemäßigteren christdemokratischen Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden, Karl Lamers, plötzlich vom aus dem Hinterhalt kommenden Strauß-Fan, Franz Möller, die sicher geglaubte Bundestagskandidatur abgejagt wurde. Lamers erhielt nur 19 Stimmen.

Vor dem gerade zurückliegenden Bundestagswahlkampf schoß Rechtsaußen Adolf Herkenrath den noch amtierenden gemäßigten Kreisvorsitzenden Helmut Söntgerath ab. Möller kandidierte im zweiten Rhein-Sieg-Wahlkreis unangefochten wieder. Hilflös stand die Rhein-Sieg-JU auch der von Siegburg ausgehenden CSU-Freundeskreis-Bewegung und den Forderungen nach einer vierten Partei gegenüber. Diese Junge Union war es jedenfalls nicht, die sie verhinderte.

Gemötzt haben sie oft, so auch im "Fall Filbinger". Erreicht haben sie nichts.

Jetzt kritisieren sie die miserable Jugendpolitik der Union: "Die Haltung gegenüber den Jugendlichen beweist - zum Beispiel im Fall des 'Radikalenerlasses', in der Wehrdienstfrage, in der Anti-Atomkraftbewegung - die Unfähigkeit der CDU-Politik, diese Jugendlichen wirkungsvoll anzusprechen und in die Verantwortung miteinzubeziehen."

Im Wahlkampf noch verteilten sie Flugblätter: "SPD trickst die Jugend aus ... SPD spielt gegenüber der Jugend ein unfaires Spiel. Es wird Zeit, daß sie vom Platz gestellt wird."

Die gleichen jungen Leute sind das.

Zur CDU-Wirtschafts- und Sozialpolitik merken sie jetzt an: "Die soziale Marktwirt-



schaft wird propagiert, doch praktiziert wird eine maßlose Wachstumsstrategie. Es zählt nur noch, was Erfolg, das heißt also Gewinn bringt und Luxus und Repräsentation ermöglicht."

Ganz furchtbar hauen die JU-ler auf die Außenpolitik der Union: "Allenfalls im einseitig antikommunistischen Sinne" gelte ihr Eintreten für Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit. "Keineswegs mehr gelten diese Prinzipien aber für die Länder der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika: Hier gilt die Maxime: 'Gut ist, was uns nützt und antikommunistisch ist'." Sie folgern daraus die Unglaublichkeit der Unionspolitik "nach innen und außen, damit wird auch mittelbar Unrecht, Terror und Unterdrückung unterstützt".

Dies sind schon harte Töne. Und es sind vielleicht entgegen der aus der Historie der Rhein-Sieg-JU zu schließenden nichts bewirkenden Histörchen und des vielen Lärm um Nichts tatsächlich diesmal gewisse Dimensionen nicht zu verkennen, weil

- nach vier harten Wahlkämpfen in eineinhalb Jahren (Europawahl, Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl) drei wahlfreie Jahre folgen,
- sich die CDU im Rhein-Sieg-Kreis endlich mehrheitlich auf ihre Tradition der christlichen Arbeitnehmerschaft zurückbesinnen könnte, wie es bereits die CDU-Rheinland (der größte CDU-Landesverband) mit der Wahl von Bernhard Worms zum Vorsitzenden wenigstens personell vorzugeben versucht.

Die Junge Union im stärksten CDU-Kreisverband, die sich jedenfalls auf Grundwerte besinnen will, läßt mit einer bundesweiten "Reformisten"-Bewegung innerhalb der Union aufhorchen. Auch "Siegburger Gruppe" genannt wegen des starken Anteils von 20 bis 30 Mitstreitern von insgesamt bis jetzt 200, wollen sie ihrer Union in Deutschland das Fürchten lernen.

Nun werde abgerechnet.

Fragt sich, wer mit wem?

(-/12.11.1980/bgy/ca)

+ + +



Autoritäre Disziplinierungspraxis

Meinungsfreiheit auf dem Amtsweg beschnitten

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Mitglied des Kultusausschusses des niedersächsischen Landtages

Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten? Das mag sich mancher niedersächsische Lehrer, der mit der Politik der Landesregierung nicht einverstanden ist, zum Trost sagen, nachdem er erleben mußte, wie es in jüngster Zeit jenen Kollegen ergangen ist, die als aktive Gewerkschafter, als Elternvertreter oder als schulpolitische Sprecher einer SPD-Ratsfraktion in der Öffentlichkeit Kritik an der Landesregierung geübt haben. Sie wurden um schriftliche Stellungnahme ersucht und meist sogar zum Dienstgespräch bei der Schulaufsichtsbehörde vorgeladen, wo sie mit dem Paragraphen des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) konfrontiert wurden, der sie zur "Mäßigung und Zurückhaltung" in der politischen Diskussion anhält.

Hellmut Roemer beispielsweise, SPD-Ratsherr in der Universitätsstadt Göttingen, stellvertretender Schulausschußvorsitzender und Schulleiter eines Göttinger Gymnasiums, hatte "die Rücksichtslosigkeit, mit der die hiesige CDU und der niedersächsische Kultusminister die Vorgruppierung in der Orientierungsstufe gegen den Willen der Ratsmehrheit, des Eltern- und Schülerrats durchpeitscht" im Namen seiner Fraktion angegriffen und erhielt drei Monate später eine Vorladung zum Dienstgespräch bei der zuständigen Bezirksregierung Braunschweig.

Anderen niedersächsischen Kollegen H. Roemers ist es ähnlich ergangen. Gegen ein Bezirksvorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, das zur niedersächsischen Schulgesetznovelle von der "Hektik der Novellierung durch die Landesregierung" gesprochen hatte und gemeint hatte, eine Novellierung des niedersächsischen Schulgesetzes nach so kurzer Zeit sei "nicht einsehbar", wurden wegen dieser Äußerungen disziplinarische Vorermittlungen eingeleitet. Anlässe für Dienstgespräche werden auch Leserbriefe von Elternvertretern, die gleichzeitig Lehrer sind, aber als solche nicht gezeichnet hatten und in einer Großstadt auch nicht erkennbar waren oder die Veröffentlichung eines GEW-Beschlusses durch einen GEW-Funktionär.

Erste Veröffentlichungen dieser Vorgänge haben tiefe Einblicke in diese neue Form autoritärer Disziplinierungspraxis in Niedersachsen gewährt. Der Fall Roemer stellt sicher einen besonders schwerwiegenden Übergriff dar, aber auch die anderen Fälle sind durch nichts zu rechtfertigen. Bundesweit wird verwundern, daß diese Einschüchterungspolitik offenbar unter Duldung durch den allgemein als liberal bezeichneten Dr. Werner Remmers praktiziert wird. Die Liberalität findet bei der niedersächsischen CDU-Landesregierung offenbar dort ihre Grenze, wo die Machterhaltung durch öffentliche Kritik gefährdet werden kann. Ihre Maßnahmen gegen Beamte, die außerhalb ihres Dienstes nicht die Politik der Landesregierung vertreten wollen, schrecken sogar vor Grundrechtsverletzungen nicht zurück. Ein distanzierendes Wort des "liberalen" Kultusministers steht dazu noch aus: (-/12.11.1980/bgy/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Die Union und der Neonazismus - Verharmlosung als Methode
PDI-Sonderheft 13, DM 3,60 (Voreinsendung), Münzstr. 3, 8 München 2.

Die führenden Rechtskonservativen sind nicht lernfähig

Es ist zutiefst beschämend, daß erst der mörderische Anschlag auf dem Oktoberfest der CSU die Gefährlichkeit des Rechtsradikalismus demonstrieren muß. Es ist jedoch die Tradition der Rechtskonservativen, auf dem linken Auge weitsichtig, aber dem rechten Auge kurzsichtig, häufig sogar blind zu sein. Diese Haltung hat vor allem in Bayern tiefe historische Wurzeln. 1922 brachte die SPD-Landtagsfraktion eine Interpellation ein, als Nazi-Horden in Coburg bewaffnet auf friedliche Zuschauer losschlugen, die an der Feier zum "Deutschen Tag" teilnahmen. Die SPD fragte in ihrer Interpellation:

"Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um solche Vorfälle künftig zu verhindern?"

Der Fraktionssprecher der bayerischen Volkspartei, Fritz Schäfer, nach 1945 stellvertretender Vorsitzender der CSU antwortete zynisch:

"Sollen wir berufen sein, den Marxismus zu schützen, soll es unsere Aufgabe sein, dem Marxismus einen Gegner zu ersparen? Haben wir nicht auch die Überzeugung, daß der Marxismus Verderben und Untergang von Staat und Volk bedeutet? Wir gehen in diesem Punkt mit dieser Bewegung (gemeint Nazi-Partei) vollkommen einig."

Fritz Schäfer fuhr fort:

"Ein ganz boshafter Mensch hat zu mir gesagt, die Frage der Interpellanten sei eigentlich falsch; sie müßte, wenn man in den Urgrund des Busens der Fragesteller hineingreife, vielmehr anders lauten, nämlich:

Was gedenkt die Bayerische Staatsregierung zu tun, um die bayerische Sozialdemokratie vor einem unangenehmen parteipolitischen Gegner zu bewahren?"

Das ist der Geist der hinter der Verniedlichung und Verharmlosung des Rechtsradikalismus steckt!

Was sagte Franz Josef Strauß im Rahmen der Landtagsdiskussion vom 22. März 1979 als es um die Wehrsportgruppe Hoffmann ging.

"Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn sie gewisse Gruppierungen - Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt - durch Ihre ständigen, in der Öffentlichkeit vorgebrachten, überdimensionierten Darstellungen überhaupt erst der bayerischen Bevölkerung bekannt gemacht und ihnen eine Bedeutung zumessen, die sie nie hatten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden!"

Wer hat sich nun eigentlich lächerlich gemacht?

Diese Antwort von Strauß zeigt deutlich, daß die führenden Rechtskonservativen nicht lernfähig sind, was ihr Verhältnis zum Rechtsradikalismus angeht. Sie diffamieren lieber die demokratische Linke statt zu erkennen, daß gerade am rechtsradikalen Rand, feige mörderische Agressivität vorhanden ist.

Vielleicht hat jedoch der Terroranschlag von München die besonnenen Kräfte in der Union nachdenklich werden lassen.

Die jetzt vom PDI vorgelegte Broschüre ist wichtig und notwendig. Sie leistet einen Beitrag dafür, das Gespür für mögliche Bedrohungen unserer Demokratie von rechts wachzuhalten. Es geht nicht darum, die CSU als faschistisch zu verunglimpfen. Dies wäre falsch. Notwendig ist es jedoch - und dies leistet die PDI-Broschüre - auf Verharmlosungen des Rechtsradikalismus hinzuweisen.

Dr. Jürgen Böddrich
(-/12.11.1980/ks/ca)